

„Das Vertrauen ist weg“

Mehr zum Thema: Bauantrag für Hähnchenmastanlage zurückgezogen

Von Matthias Schuldt

KORBACH/WALDECK. „Das ist es nicht wert“, sagt Karl Schwalenstöcker. Die Hähnchenmastanlage sei es nicht wert, die Zukunft des Hofes insgesamt aufs Spiel zu setzen. Dieses Risiko besteht aus Sicht der Familie, seit die Grünen ihren Antrag am Montag im Kreistag gestellt haben (Artikel unten).

DIE PACTH

Dabei steht durchaus infrage, ob es für das Ansinnen der Fraktion am Ende im Kreistag eine Mehrheit gibt. Und es steht infrage, ob eine etwaige Kündigung des Pachtvertrages rechtlich überhaupt durchzusetzen wäre.

Denn anders, als von den Grünen im Antrag dargestellt, brauche er nicht das Domanialland, um ausreichend Futterflächen für die Genehmigung der Mastanlage nachzuweisen, sagt Schwalenstöcker: „Dieses Futter wäre ausschließlich auf Feldern in Privatbesitz angebaut worden.“

Für Karl Schwalenstöcker und Stefanie Wetekam spielt dieser Umstand gleichwohl nicht die entscheidende Rolle.

DAS VERTRAUEN

„Das Vertrauen ist weg“, fasst die Geschäftsführerin des Kreisbauernverbandes zusammen: das Vertrauen der Landwirte ins Domanium als



Entweder Hähnchenmast oder Pacht-Land vom Domanium auch in Zukunft: Vor diese Entscheidung sieht sich Karl Schwalenstöcker (mit Stefanie Wetekam) durch die Grünen gestellt. Er zieht deshalb den Genehmigungsantrag für die Mastanlage in Waldeck zurück.

Fotos: Schuldt, Jens Büttner/Archiv

über Jahrzehnte und Generationen hinweg verlässlichen Verpächter von Ackerland. Wohlgemerkt: nicht in die Domanialverwaltung als ausführendes Organ, sondern in den Kreistag, der als Eigentümer dem Domanium die Vorgaben erteilt. Was sie damit meint: Wenn Wechsel in den politischen Verhältnissen und Einstellungen unmittelbar auf Vertragsverhältnisse durchschlagen, verlieren die Landwirte Sicherheit bei der Kalkulation. Sie wird ohnehin durch viele andere Faktoren eingeschränkt.

DIE SEITE DES GESETZES

„Dem Landwirt wurde in diesem Fall die Pistole auf die Brust gesetzt“, sagt Stefanie Wetekam. Der Kreisbauernverband kritisiere aufs Schärfste diese Art der Politik. Karl Schwalenstöcker habe keine Straftat begangen, sondern sich an dieser Stelle immer an geltendes Recht und Gesetz gehalten: den Bauantrag gestellt, ein Verfahren gemäß Bundesimmissionschutzgesetz bis zum heutigen Tag durchlaufen, wie es der deutsche Rechtsstaat vorschreibe. „Hätte sich irgend-

wann im Verlauf herausgestellt, dass die Genehmigung unmöglich ist, hätten wir das natürlich akzeptiert“, fügt Stefanie Wetekam hinzu.

Die Grünen hätten dieses rechtsstaatliche Verfahren mit ihrem Antrag unterlaufen, unterstützt von Stellungnahmen der AfD und der SPD. „Dieses erpresserische Verhalten ist ein Paradebeispiel für den Untergang der politischen Kultur und des fairen Umgangs miteinander“, meint Wetekam, dabei unterstützt vom KBV-Vorsitzenden Karsten Schmal. **ARTIKEL UNTEN**